

Die Dollar-Krise von 1973

Dieses ist ein Text, den ich am 9. März 1973 abgeschlossen habe. Ich fand ihn bei Durchsicht meines wissenschaftlichen Nachlasses, fast drei Jahrzehnte später. Hiermit lege ich ihn zur Lektüre vor, ohne jedwede Änderung. In der heutigen Rückblende steht er sozusagen auf halbem Wege zwischen dem Festkurs-Währungssystem von Bretton Woods, dem auch die DMark nach ihrer Schaffung beitrug, und dem Euro als einer übernationalen Währung für derzeit 12 Nationalstaaten.

Früher hieß es: „Eulen nach Athen tragen“, heute: „Dollars an die Bundesbank abliefern.“ Wir sind von Presse, Funk und Fernsehen mit Informationen über die Dollar-Krise im gleichen Ausmaß überfüttert worden wie die Bundesbank mit „alten Dollars“ aus aller Welt.

Die Frage nach den Gründen und Ursachen der Krise wurde recht unterschiedlich behandelt. Die Frage nach Lösungsmöglichkeiten ist jahrelang nicht mit dem ihr gebührenden Ernst behandelt worden.

Trotzdem wäre es falsch, die seit Jahren immer wiederkehrenden Dollar-Krisen wie Naturereignisse über uns hereinbrechen zu lassen. Währungskrisen sind keinesfalls Naturereignisse. Währungskrisen sind auch nicht das Werk von Spekulanten. Währungskrisen haben ihren Ursprung in Handlungen oder in jüngster Zeit mehr noch in unterlassenen Handlungen von Verantwortlichen in vielen Ländern der Erde.

Wir wissen seit Jahren, dass das Weltwährungssystem reformbedürftig ist. Wir wissen auch, wie schwierig die Materie ist. Trotzdem wäre es vonnöten, gerade wegen der Schwierigkeit der Materie, die Anstrengungen zu einer weltweiten Reform zu vervielfachen.

Die EWG hat bereits ihre eigene Zielvorstellung entwickelt. Es ist dankbar anzuerkennen, das dort einiges auf diesem Sektor geleistet worden ist. Vielleicht hätte aber mit etwas mehr Einsatz und unter Verzicht auf nationales Prestige noch mehr erreicht werden können.

Dabei bin ich der Meinung, dass man sich - ohne dass ich damit eine Wertung des gemeinsamen Agrarmarktes vornehmen will - an den Landwirtschaftsministern hätte ein Beispiel nehmen können. Denn wenn man sich die Leidenschaft vor Augen hält, mit der diese ihre Verhandlungen durchstehen und

ihre Ziele meist erreichen, kann man nur zu dem Schluss kommen, dass bei einem entschlosseneren Einsatz auf dem Finanzsektor wohl mehr hätte erreicht werden können.

Wir vergessen nur zu leicht, dass wir in Mitteleuropa und in den USA zu hochentwickelten Industrienationen geworden sind, und dass die Krisen der jüngsten Vergangenheit monetäre Krisen waren, die die Industrie und die gesamte Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft ernsthaft gefährden. Deshalb sollten wir alle gemeinsam um eine schnelle Einigung auf dem Währungssektor ringen.

Wenn wir eine Lösung der Probleme erreichen wollen, müssen wir uns zunächst die Fragen vorlegen:

1. Worauf beruht eigentlich der Wert des Geldes?
2. Wie können wir den Geldwert erhalten?

Es gibt eine Vielzahl von Geldtheorien, die den Anspruch erheben, wissenschaftlich fundierte Antworten auf diese Fragen zu erteilen. Ich will nicht diesen Theorien eine neue hinzufügen. Im Grunde genommen können alle im Hinblick auf die gestellten Fragen auf einen einzigen Nenner gebracht werden, und der lautet: Vertrauen.

Bereits in der Zeit des Tauschhandels vertraute man darauf, dass man für eine hergegebene Ware eine andere Ware gleicher Wertschätzung erhielt. Später benutzte man seltene Materialien wie beispielsweise Edelmetalle und daraus geprägte Münzen als Tauschobjekte.

Aufgrund der nicht immer guten Erfahrungen im Laufe der Jahrhunderte kamen die Menschen darauf, dass das Vertrauen zusätzlich geschützt werden musste durch das Gesetz. Heute noch ist auf den Banknoten fast aller Länder zu lesen, dass das Nachmachen und Fälschen von Banknoten mit hohen Strafen bedroht wird.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Der Wert des Geldes beruht im wesentlichen

Erstens auf der jederzeitigen Umtauschfähigkeit des Geldes in Sachwerte oder Dienstleistungen,

zweitens auf dem Vertrauen, dass diese Umtauschfähigkeit permanent erhalten wird,

und drittens auf dem Gesetz, das die Umtauschfähigkeit garantiert und denjenigen bestraft, der durch Fälschung oder Nachmachen den Wert des Geldes untergräbt.

Wir sollten uns diese drei Punkte stets vor Augen halten, wenn wir die jetzige Währungssituation beurteilen wollen, denn sie haben im Prinzip auch Gültigkeit für den Außenwert des Geldes. Wie sieht es nun international mit diesen Grundsätzen heute aus?

Für eine Beurteilung müssen wir kurz auf die Ursprünge unseres derzeitigen Systems zurückkommen. Noch mitten in den Wirren des zweiten Weltkrieges entwickelten führende Währungswissenschaftler ein Gedankengebäude, nach dem sich in dem erhofften baldigen Frieden der Zahlungsverkehr der Völker untereinander in möglichst unkomplizierter Form entwickeln sollte. Das führte im Jahre 1944 im amerikanischen Städtchen Bretton Woods in New Hampshire zu einem Abkommen, das zunächst von 44 Staaten unterzeichnet wurde. In den Nachkriegsjahren erweiterte sich der Kreis auf 107 Staaten.

Dieses System wurde von zwei Säulen getragen. Die eine bestand aus Weltbank mit Weltwährungsfonds. Die zweite war ein komplettes Reglement des internationalen Zahlungsverkehrs, bestehend im wesentlichen aus

1. der Koppelung der Währungen über eine Parität an das Gold
2. der Konvertibilität der Währungen untereinander,
3. einer Leitwährung,
4. der Umtauschfähigkeit der Leitwährung in Gold,
5. einer begrenzten Flexibilität im Hinblick auf Wechselkursänderungen und
6. Vereinbarungen über die Bandbreiten.

Wenn wir heute zurückblicken und sehen, wie sehr dieses Gebäude ins Wanken geraten ist, sollten wir einmal kritisch fragen: Hat das System nicht funktioniert, oder haben seine Anwender es nicht richtig genutzt? Der rasche wirtschaftliche Aufschwung in den Nachkriegsjahren ist zweifelsohne zu einem großen Teil diesem System zu verdanken. Es muß dazu bemerkt werden, dass der wirtschaftliche Aufschwung - unabhängig von der Tatsache, wer den Krieg gewonnen oder verloren hat - in den einzelnen Ländern oder Erdteilen nicht einheitlich erfolgte. Vor allem ergaben sich recht unterschiedliche Inflationsraten.

Das Weltwährungs- und Wirtschaftssystem wird von einer Vielzahl von Staaten getragen, die zum Teil divergierende Interessen haben und deren Zielvorstellungen recht unterschiedlich sind. Trotzdem werden diese Staaten durch

die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung immer enger miteinander verbunden. Und die internationalen Geldströme sind ein wenig vergleichbar mit einem großen Blutkreislauf, von dem alle Staaten in gewisser Weise abhängig sind.

Wenn nun ein Staat, und noch dazu ein Industriestaat, stark inflationiert, so bläht er seine Liquidität auf und überspült damit das gesamte System. Es bleibt heute weitgehend noch der einzelnen Nation überlassen, wie sie sich dazu verhält.

Wenn das Bretton-Woods-System in seiner Anfangsperiode von langfristig festgelegten Wechselkursen ausging, so musste sich zwangsläufig bei einer unterschiedlichen Inflationsrate die Kaufkraft der Währungen im Laufe der Jahre verschieben.

Je unterschiedlicher jedoch die Entwicklung in den einzelnen Ländern ist, desto stärker werden diejenigen Kräfte, die Kapital, Sachwerte und letztlich Arbeitskräfte von einem Land in das andere ziehen. Diese Kräfte werden insbesondere dann wirksam, wenn nach einer gewissen Periode des Vertrauens eine Periode des Misstrauens eintritt.

Die Väter des Bretton-Woods-Systems hatten eine begrenzte Änderung der Wechselkurse vorgesehen. Offensichtlich wurden aber bis in die letzten Jahre hinein Wechselkurse als „heilige Kühe“ angesehen, die unantastbar waren. Erst wenn es gar nicht mehr anders ging, wurden die Kurse verändert. Dadurch ergaben sich dann die radikalen Paritätsänderungen, die beispielsweise in der Bundesrepublik einigen Bereichen der Wirtschaft praktisch über Nacht die internationale Wettbewerbsfähigkeit entzogen.

Feste Wechselkurse, die in der Leistungsbilanz ein echtes Ungleichgewicht entstehen lassen und dennoch unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, sind ein Explosivstoff im internationalen Währungsgefüge, der bei steigendem Druck zur Entladung kommen muß. Besonders gefährlich wird es, wenn eine Leitwährung in eine solche Situation gerät.

Der stärkste Druck geht verständlicherweise von den am stärksten expandieren Ländern aus. Unterlassene rechtzeitige Anpassungen der Wechselkurse sind Sünden der Vergangenheit, für die wir jetzt zu zahlen haben.

Auch auf dem Währungssektor muß der Gesunde die Kosten für die Operation des Kranken tragen. Die erste dieser schmerzlichen Operationen erfolgte im September 1949, als das £-Sterling, die damalige Leitwährung, um 30,5 % abwertete. Während man für 1 £-Sterling vor der Abwertung US-\$ 4,03 zahlte, war das £-Sterling danach nur noch US-\$ 2,80 wert.

Ein solch radikaler Schritt hatte Auswirkungen auf die meisten anderen Währungen, die daraufhin ihre Paritäten ebenfalls änderten. Nach verschiedenen Schwächeperioden entschloss sich die britische Regierung in November 1967 zu einer weiteren Abwertung, diesmal um 14,3%. Die neue Parität war US-\$ 2,40.

Im Rahmen des Realignment vom Dezember 1971 hielt das £-Sterling still, so dass sich die Parität auf rd. US-\$ 2,60 stellte.

In Vorbereitung auf den Eintritt in die EWG trat England mit Wirkung vom 1.5.1972 dem Abkommen über die verengten EWG-Bandbreiten bei. Großbritannien hatte jedoch offensichtlich die eigene Situation falsch eingeschätzt. Denn sechs Wochen später mussten andere EWG-Notenbanken das £-Sterling stützen. Die Deutsche Bundesbank hat allein in der Zeit vom 16. - 22.06.1972 £-Sterling im Gegenwert von DM 3 Mrd. aufgenommen. Seither lässt die britische Regierung das £-Sterling floaten.

Floaten heißt: Die Notenbank beteiligt sich nicht mehr am Devisenhandel, sondern lässt die Kurse sich frei an der Devisenbörse bilden.

Ich erwähne hier die detaillierte Entwicklung des £-Sterling als Beispiel für viele andere Währungen.

Doch nun zur Deutschen Mark:

Nach dem Zusammenbruch 1945 hatten wir unsere gesamten Devisenreserven verloren. Darüber hinaus war unser Auslandsvermögen fast vollständig von den Siegermächten beschlagnahmt oder enteignet worden. Export- und Importgeschäfte wurden in den westlichen Besatzungszonen von der Joint-Export-Import-Agency im Auftrag der Alliierten Hohen Kommissare durchgeführt.

Der Umrechnungskurs war nach der Währungsreform vom 20.6.1948 mit DM 3,33 für einen US-\$ festgesetzt worden. Erst am 1.12.1948 ging ein Teil der Funktionen der JEIA (Joint-Export-Import-Agency) auf die deutschen Außenhandelsbanken über, die damit gewisse hoheitliche Funktionen zu übernehmen hatten. Deutsche Firmen durften wieder am Außenhandel teilnehmen. Alle Dollar/DM-Transaktionen wurden aber weiterhin zum Kurs von DM 3,33 umgerechnet. Konten im Ausland durften lediglich von der Bank Deutscher Länder unterhalten werden. Die Außenhandelsbanken fungierten als Agenten der Bank Deutscher Länder.

Kurze Zeit nach der Währungsreform zeigte sich, dass die Bundesrepublik mit der neugeschaffenen Währung lebensfähig war.

Die Bestrebungen der führenden Bankiers, Wirtschaftler und nicht zuletzt der Politiker gingen dahin, einen Wechselkurs für den Außenhandel zu finden,

der auch den Deutschen eine reelle Chance im internationalen Wettbewerb gab. Die Gelegenheit dazu fand sich aus Anlaß der bereits erwähnten £-Abwertung im September 1943. Unsere Währung erhielt zu jenem Zeitpunkt eine Parität von DM 4,20 zum US- $\text{\$}$.

Gegenüber dem Dollar entsprach das einer Abwertung um 20,6 %. Gegenüber dem £-Sterling, der damaligen europäischen Leitwährung, war das jedoch ein Aufwertungseffekt von rd. 14 %

Bereits 1952 war die Bundesrepublik dem International Monetary Fund beigetreten und war damit in das Bretton-Woods-System eingegliedert.

Das Bretton-Woods-Abkommen sah eine mögliche Bandbreite von je 1 % oberhalb und unterhalb der Parität vor. Innerhalb dieses gesamten Bandes von 2 % konnten die Kurse schwanken, die volle Ausnutzung der Bandbreite. Sie begnügte sich mit einer solchen von 0,75 % nach oben und unten, das heißt mit einer Bandbreite von insgesamt 1,5 %. Sie befand sich damit in guter Gesellschaft mit anderen Industrieländern.

In den 50er und 60er Jahren war in der Bundesrepublik die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes höher als bei den meisten Siegermächten: ca. 250 % real von 1950 – 1970, dagegen England ca.75 %, USA ca. 100 %. Frankreich knapp 175 %. Man mag im Nachhinein fragen, woran das gelegen hat. Vielleicht liegt ein Grund darin, diese Länder nicht so wie wir vor der Notwendigkeit standen, sich eine völlig neue Existenzgrundlage zu schaffen. Ohne überheblich zu sein, kann man heute sagen, dass damals in Deutschland eben jedermann zupackte, um das vom Kriege her schrecklich gezeichnete Land erneut aufzubauen. Wir verstanden uns alle miteinander – einschließlich der Jugend – als Bauunternehmen, nicht etwa als Abbruchfirma.

Die Politik der Bundesrepublik war in den 50er Jahren maßgeblich auf einen Stabilitätskurs eingeschworen. Das führte schließlich bei der weltweit sehr unterschiedlichen Entwicklung dazu, dass die Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1961 erstmals die DM gegenüber dem Dollar aufwertete, und zwar um 5 %. Dies geschah in vollem Einvernehmen mit den USA, wenn nicht sogar auf deren Wunsch hin. Der Dollar-Kurs wurde zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik von DM 4,20 auf DM 4,-- reduziert.

Gut zwei Jahre vorher, gegen Ende 1958, war die volle Konvertibilität der Währungen untereinander eingeführt worden. Der Dollar wurde erst zu diesem Zeitpunkt die Leitwährung der westlichen Welt. Das £-Sterling verlor mehr und mehr seine Bedeutung als Welthandels- und Regulierungswährung.

Etwa in diese Periode fällt auch die Geburtsstunde des Euro-\$-Marktes. Man erzählt sich heute, dass ausgerechnet die Russen die eigentlichen Geburtshelfer dieses Marktes waren. Rußland verfügte damals über ansehnliche \$-Guthaben in den USA, die zur Bezahlung der umfangreichen Importe benötigt wurden. Bei Ausbruch der Kuba-Krise hatten die Russen Sorge, dass diese Guthaben von den Amerikanern beschlagnahmt würden.

Man beriet sich mit europäischen Bankiers, wie man einer etwaigen Beschlagnahme entgehen könnte. Diese testeten daraufhin die Aufnahmefähigkeit des Marktes und stellten dabei zu ihrer eigenen Überraschung fest, dass es in Europa eine große Anzahl von Interessenten für Dollarkredite gab. Innerhalb ganz kurzer Zeit wurden mehrere 100 Mio US-\$ übernommen und zinsbringend angelegt. Damit war ein neuer Markt erschlossen, der zur zusätzlichen Geldversorgung in Europa und später auch in anderen Ländern beitrug.

Aus den Kontoguthaben der Devisenausländer in den USA im Gesamtvolumen von rd. 18 Mrd. Dollar sind auf diese Weise Forderungen und Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 90 Mrd. Dollar zustande gekommen.

Vom Euro-Dollar-Markt nun ein Blick nach den USA.

Die Vereinigten Staaten waren als mächtigstes Land der Erde aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Sie verfügten mit mehr als 20 Mrd. Dollar über 2/3 des Währungsgoldes der Erde. Sie übernahmen die Förderung der Entwicklungsländer und bei Ausbruch des kalten Krieges den Schutz der westlichen Welt. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt schien den USA das auch ohne Mühe zu gelingen. Mit dem Anwachsen des Industriepotentials in Westeuropa und Japan begannen die Amerikaner, immer mehr ausländische Ware zu kaufen und selbst im Ausland zu investieren. Diese Ausgaben, verbunden mit den Devisenabflüssen für die Stationierung ihrer Truppen in Übersee, und schließlich auch der Vietnamkrieg zehrten an den amerikanischen Devisen- und Goldreserven. Die Goldbestände sind auf weniger als die Hälfte ihres Nachkriegsbestandes zusammengeschrumpft und betragen zurzeit nur noch rd. 10 Mrd. Dollar. Sie wären restlos aufgezehrt worden, wenn die Notenbanken der befreundeten Länder, insbesondere die Deutsche Bundesbank, nicht freiwillig auf einen Tausch ihrer Dollarguthaben in Gold verzichtet hätten. Hinzu kommt folgendes:

Die Goldreserven der Vereinigten Staaten waren ursprünglich lediglich zur Deckung der amerikanischen Währung bestimmt. Andere Währungen wie beispielsweise die Deutsche Markt kannten keine sachwertbezogene Deckung. In Deutschland waren im Zeitpunkt der Schaffung der Deutschen Mark keine Sachwerte vorhanden, die zur Deckung hätten dienen können.

Mit Einführung der Konvertibilität im Jahre 1958 konnte man plötzlich DM und auch andere Währungen in unbeschränkter Höhe in Dollar eintauschen. Aufgrund der vom amerikanischen Staat gegebenen Goldeintauschgarantie war es von da an möglich, diese Währungen über Dollar in Gold zu konvertieren. Damit mussten die amerikanischen Goldvorräte auch zur Deckung für andere Währungen erhalten. Es wurde zwar das gegen Gold eintauschfähige Geldvolumen durch die Einführung der Konvertibilität gewaltig erhöht. Die Goldmenge blieb jedoch dieselbe. Die Deckungsrelation wurde daher erheblich verwässert. Aus den sogenannten weichen Währungen wurden über Nacht harte Währungen, - allerdings nur auf dem Papier.

Da die Notenbanken und Regierungen die Dinge praktisch treiben ließen, musste es zwangsläufig zu dramatischen Entwicklungen kommen, und zwar naturgemäß zunächst beim Gold. Im Frühjahr 1968 entstand ein solcher Run auf das Gold, dass man sich international veranlasst sah, zwei getrennte Goldmärkte zu schaffen. Auf dem freien Goldmarkt konnten sich die Preise ohne Beeinflussung durch die Notenbanken nach Angebot und Nachfrage entwickeln. Die Notenbanken sprachen untereinander ab, sich vom freien Goldmarkt fernzuhalten und Gold gegen Devisen nur zu dem offiziellen Preis von 35 Dollar/Unze zu tauschen.

Der Goldpreis hat sich auf dem freien Markt von damals 35 Dollar/Unze in der vorletzten Februarwoche bis auf 95 Dollar/Unze erhöht und ist jetzt wieder etwas zurückgefallen.

Nachdem das Gold aus der Schusslinie genommen war, geriet der Dollar immer stärker in die Gefahrenzone. Im Sommer und Herbst 1968 musste die Bundesbank erstmals erhebliche Dollarbeträge aufnehmen. Im November 1968, sinnigerweise zwischen Buß- und Betttag und Totensonntag, tagte der „Zehnerklub“ in Bonn. Das waren die 10 wichtigsten Industrienationen der freien Welt:

USA
Kanada
Großbritannien
Bundesrepublik
Frankreich
Italien
Niederlande
Belgien
Schweden
Japan.

Dort diskutierte man erstmalig über eine abgestimmte Veränderung der Währungsrelationen. Der Wunsch der Franzosen nach einer gegenläufigen Abwertung war jedoch so stark, dass es dort zu keiner Einigung kam. In der Bundesrepublik führte man daraufhin eine Art „Ersatzaufwertung“ durch, die am 1. Dezember 1968 in Kraft trat. Die Exporte wurden mit einer Ausgleichsabgabe von 4 % belastet. Die Importe wurden umgekehrt mit einer Vergütung von 4 % verbilligt.

Die international entstandenen Ungleichgewichte waren offensichtlich. Die Meinungen über die zweckmäßigste Form der Beseitigung dieser Ungleichgewichte wurden in der Bundesrepublik fast zum Parteidogma. Es passierte das Schlimmste, was passieren könnte: Die Frage der DM-Aufwertung wurde Wahlkampfthema.

Diese in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Diskussionen wurden naturgemäß auch als eine an die Weltöffentlichkeit gerichtete Einladung betrachtet, sich sozusagen an einer Lotterie ohne Risiko zu beteiligen. Inzwischen erkannten die am Außenhandel beteiligten Firmen und diejenigen, die Forderungen in Fremdwährung hatten, dass sie diese absichern mussten, um Kursverluste zu verhindern.

Beides hatte von März bis Mai 1969 einen Währungszustrom in einer Größenordnung von DM 20 Mrd. zur Folge. Die Währungsreserven der Deutschen Bundesbank stiegen auf fast DM 50 Mrd. an. In einer Beruhigungsphase sanken sie kurzfristig wieder auf DM 38 Mrd. und erreichten zur Wahlzeit im September 1969 noch einmal fast den Höchststand vom Mai.

Unmittelbar nach der Wahl vom 29. September 1969 hörten die Stützungskäufe der Bundesbank in Dollar auf. Praktisch floatete bereits zu diesem Zeitpunkt die DM erstmalig.

Da die Bundesbank in den nächsten Tagen Dollarbeträge in den Markt einschleuste, wurde der Dollar-Kurs in der Bundesrepublik eindeutig nach unten beeinflusst. Ich meine daher, dass der Anfang des „schmutzigen Floating“, des dirigistisch nach einer bestimmten, politisch gewünschten Richtung beeinflussten Devisenmarktes, schon von damals datiert.

Es kam wie vorgezeichnet. Am 27. Oktober 1969 wurde der neue Dollar-Kurs mit DM 3,66 festgesetzt, was einer Aufwertung um 9,3 % entsprach. Man war der Meinung, dass damit für die nächsten Jahre Ruhe an der Währungsfront eingekehrt wäre und wiegte sich in der Hoffnung, dem Preisauftrieb im Inland einen entscheidenden Dämpfer versetzt zu haben. Daß beides grundlegende

Irrtümer gewesen sind, wurde damals politisch hinwegdiskutiert, kann heute aber nicht mehr ernsthaft bestritten werden.

An der Währungsfront trat keinesfalls Ruhe ein, und die Preisentwicklung im Inland schlug alle Nachkriegsrekorde - im negativen Sinne. Denn das Inflationsübel wurde von der Politik nicht an der Wurzel angepackt. Die eigentlichen konjunkturdämpfenden Maßnahmen wurden allein der Bundesbank aufgebürdet. Diese sah sich ab Frühjahr 1970 zu einer Hochzinspolitik gezwungen und ergriff Maßnahmen, die zu einer Verknappung des Geldvolumens im Inland führen sollten.

Da jedoch die Entwicklung in anderen Ländern genau umgekehrt verlief, trat das Gegenteil der erwünschten Wirkung ein. Ausländische Geldgeber versuchten mit Erfolg, von diesem hohen deutschen Zinsangebot zu profitieren, indem sie ihr Geld deutschen Banken oder Großunternehmen anboten.

Es war ein zum Scheitern verurteiltes Bemühen der Deutschen Bundesbank, die vom Ausland hereinströmenden Gelder durch immer neue kreditpolitische Maßnahmen zu neutralisieren. Mit jeder dieser Maßnahmen wurde wieder neues Geld angelockt.

Die Finanzierungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik wurden zu diesem Zeitpunkt im Grunde nicht wesentlich beschnitten. Es trat lediglich eine erhebliche Verteuerung der Kredite ein.

In den ersten Monaten nach der DM-Aufwertung, das heißt von Oktober 1969 bis Januar 1970, reduzierten sich die Devisenreserven der Bundesbank von rd DM 50 Mrd bis auf rd DM 27 Mrd. Erst durch die eben erwähnte Hochzinspolitik flossen mehr und mehr ausländische Devisen ein, so dass die Bundesbank per Ende April 1971 über Reserven in Höhe von DM 61 Mrd verfügte.

Der damalige Bundeswirtschaftsminister beobachtete diese Entwicklung mit Skepsis, Sorge und Unsicherheit. Er beauftragte eine Gruppe von Sachverständigen, ein Gutachten zur Situation abzugeben. Zum Erstaunen der Finanzwelt und der Wirtschaft empfahl dieses Gutachten eine DM-Aufwertung. Das vorzeitige Bekanntwerden dieses Gutachtens zog förmlich weitere Milliardenbeträge an Auslandsdevisen nach Deutschland. Allein am 4.5.1971 kaufte die Bundesbank eine Milliarde Dollar und in der ersten Bürostunde des 5.5.1971 nochmals eine Milliarde. Es war höchste Zeit zum Handeln. Die deutschen Devisenbörsen wurden geschlossen. Die Bundesregierung suspendierte die Bundesbank von ihrer Aufnahmepflicht am unteren Interventionspunkt. Als am Montag, dem 10.5.1971, die deutschen Devisenbörsen wieder öffneten, wurde die Welt mit einer floatenden DM konfrontiert.

Das war ein Schock, der das gesamte Weltwährungssystem überraschte. Noch einige Wochen zuvor hatte man sich in der EWG auf eine baldige Verengung der Bandbreiten geeinigt. Die technischen Vorbereitungen hierfür liefen schon. Nun suchte eine der stärksten Währungen der Welt ihr Heil im Floating. Die Bundesbank griff wiederum direkt durch Dollarverkäufe ins Marktgeschehen ein und trug dazu bei, dass die Kurse in die von der Regierung gewünschte Richtung liefen.

Eine weltweite Flut von dirigistischen Maßnahmen setzte ein. Diese konnten jedoch in den meisten Ländern nicht verhindern, dass man letztlich auch floaten musste.

Frankreich suchte seine Rettung in einer Spaltung der Währung in einen Handelsfranc und einen Finanzfranc. Zeitweilig gab es sogar noch eine dritte Franc-Kategorie, die nur für Wertpapier-Transaktionen benutzt werden durfte.

Insgesamt gesehen verlief dieser Prozess für die Amerikaner jedoch offensichtlich zu langsam. Um ihre Wirtschaft in eine bessere Position zu bringen, griffen sie am 15. August 1971 zu drastischen Maßnahmen. Sie verhängten Importausgleichsabgaben und begünstigten Investitionen aus einheimischer Produktion. Die Goldeinlösungsverpflichtung des Dollar wurde nun auch offiziell aufgehoben.

In der gesamten Floatingperiode gab es eine Vielzahl von Verhandlungen und Konferenzen. Weder diese noch die Weltbanktagung Ende September 1971 brachten eine Lösung zustande. Erst am 18. Dezember 1971 fanden Wirtschafts- und Finanzminister des Zehnerklubs sowie zusätzlich der Schweiz in Washington eine Lösung der Probleme. Es kam am 19.12. zum sogenannten Smithsonian-Agreement. Das bedeutete eine Abwertung des US-\$ um 7,9 %.

Die anderen Währungen hielten entweder still (z. B. FF und £-Sterling), werteten auf wie z. B. DM, Yen, sfrs., hfl. und bfrs., oder werteten ab wie z. B. skr. und Lire.

Da der neue Goldpreis nur noch auf dem Papier stand und eine Goldeinlösungsverpflichtung nicht mehr bestand, konnte es auch keine festen Paritäten mehr geben. Man einigte sich in Washington auf sogenannte Leitkurse. Die Bandbreiten gegenüber dem Dollar wurden auf 2 ¼ % über bzw. unter dem Leitkurs festgesetzt, so dass sich insgesamt Bandbreiten von 4 ½ % ergaben.

Bei den meisten Währungen betragen die Bandbreiten untereinander seither maximal 9 %. Gegenüber dem früheren Zustand war das eine Verdreifachung. Der amerikanische Präsident Nixon feierte dieses Agreement als das größte währungspolitische Ereignis seit Bretton-Woods.

Die amerikanischen Experten hatten sich zum Zeitpunkt des Realignments erhofft, dass jedes Abwertungsprozent die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten um jährlich 0,8 Mrd. US-Dollar verbessern werde. Die sogenannten wissenschaftlichen Methoden, die zu dieser Rechnung führten, sind mir nicht bekannt geworden. Der Effekt von fast 8 % entspräche bei einem Abwertungssatz von fast 8 % einem Plus von US-\$ 6,4 Mrd. im Jahr. Die Zahl von 6,4 Mrd. ist auch erreicht worden, allerdings nicht als Plus, sondern als Defizit. Der Computer, der diese Rechnung durchgeführt hat, muß also mit falschen Vorzeichen programmiert worden sein.

Nach Veröffentlichung dieses Handelsbilanzdefizits ergab sich in den USA eine erhebliche Polemik gegen Japan und die EWG, denen man in erster Linie die Schuld an diesem Defizit zuschob. Eine genauere Untersuchung ergab jedoch, dass dieses Defizit zu gut zwei Dritteln auf den Handelsverkehr mit Japan zurückzuführen ist, jedoch nur mit einer halben Milliarde auf den Handel mit der EWG.

Der gesamte Handelsbilanzüberschuss der Bundesrepublik von rd. DM 20 Mrd. im letzten Jahr ist den USA allerdings ein besonderer Dorn im Auge. Nur allzu oft wird dabei vergessen, dass die Bundesrepublik im Rahmen der Leistungsbilanz u. a. ständig steigende Summen an Devisen für den Auslands-tourismus und für die Überweisungen der Gastarbeiter aufbringen muß. Die Leistungsbilanz zeigt daher für 1972 nur einen Überschuss von 1,7 Mrd. DM. Damit wären wir in einer äußerst günstigen Ausgangsposition für internationale Verhandlungen.

Auch der amerikanische Finanzminister Shultz hat noch Anfang Februar in einem Hearing vor dem gemeinsamen Wirtschaftsausschuss des amerikanischen Kongresses bestätigt, dass er die damals noch geltende Kursrelation Dollar zu DM nicht für falsch hielt. Trotzdem musste davon ausgegangen werden, dass die Vereinigten Staaten ernsthaft daran gehen würden, Maßnahmen zur Beseitigung dieses Defizits zu ergreifen, zumal sich dieses in der vierjährigen Amtszeit von Präsident Nixon mehr als verdoppelt hatte. Dass diese Maßnahmen auch mit Opfern für alle Welthandelsnationen verbunden sein würden, war eigentlich vorauszusehen.

Die Währungssituation in Europa Ende Januar 1973 war für die Vereinigten Staaten der geeignete Zeitpunkt zum Eingreifen.

Ausgangspunkt der Krisensituation war Italien. Dort betrug das Zahlungsbilanzdefizit im ersten Quartal 1972 US-\$ 26 Mio, im zweiten Quartal US-\$ 398 Mio, im dritten Quartal (trotz Reisesaison) US-\$ 815 Mio und in den

Monaten Oktober/November zusammen 650 Mio. In den ersten 11 Monaten 1972 waren das zusammen fast 1,9 Mrd. US-\$.

Nachdem die EWG-Notenbanken die Lire bereits in 1972 mehrfach gestützt hatten, geriet die Lire im Januar 1973 erneut unter so starken Druck, dass sich die italienische Regierung am 20. Januar 1973 veranlasst sah, die Währung nach dem französischen und belgischen Beispiel zu spalten in eine Handels- und eine Finanzwährung. Vom darauffolgenden Tage an ergossen sich enorme Lirebeträge in die Schweiz. Der US-Dollar fiel in der Schweiz auf den unteren Interventionspunkt. Die Schweizerische Nationalbank musste an jenem Montag 267 Mio US-\$ aufnehmen. Da zu diesem Zeitpunkt (lt. Herrn Dr. F. Leutwiler, Generaldirektor der Schweizerischen Nationalbank) noch erhebliche Dollarbeträge in der Pipeline in Richtung Schweiz waren, wurde in raschem Einvernehmen zwischen Bundesrat und Nationalbank die Entscheidung getroffen, vom 23. Januar 1973 an die Interventionskäufe einzustellen. Die dirigistischen Maßnahmen der Schweiz, die u. a. einen Strafzins von 2 % pro Quartal für erhöhte Ausländerguthabensalden umfassten, hatten nicht ausgereicht. Die Schweiz hatte die Waffen vor der Dollarflut gestreckt.

Nach dieser Schweizer Kapitulation ergossen sich die Dollarströme in andere Länder, vornehmlich in die Bundesrepublik, wo die dirigistischen Wälle am niedrigsten waren. Aber auch Japan musste trotz der eigenen Abwehrmaßnahmen erhebliche Dollarbeträge aufnehmen. Auch nach Holland, Belgien und Frankreich flossen Dollar.

Die Situation wurde immer prekärer. Die Deutsche Bundesbank nahm in der Zeit vom 1. - 9. Februar 1973 Dollar im Gegenwert von 18,6 Mrd. DM auf. Dieser Dollar-Zustrom war noch geschürt worden durch amerikanische Stellungnahmen, in denen eine Neufestsetzung der Paritäten gefordert wurde. Es wurde sogar angedroht, wirtschaftliche Maßnahmen gegen Importe aus solchen Ländern zu ergreifen, deren Währungen als unterbewertet bezeichnet wurden.

Trotz dieser massiven Versuche, eine DM-Aufwertung zu erzwingen, blieb die Bundesregierung diesmal hart. Die Devisenreserven der Bundesbank waren zu dieser Zeit bis auf ca. DM 93 Mrd. angewachsen. Wir müssen uns dabei vergegenwärtigen, dass die deutschen Devisenreserven in den Jahren 1960 - 67 eine Größenordnung von 30 bis 33 Mrd. DM hatten. Sie haben sich also seither verdreifacht, gedenkt man dabei, dass die Devisenreserven aller Industrienationen zusammen nur 104 Mrd. US-\$ ausmachen, - das sind nach alter Rechnung rd. 335 Mrd. DM - so ergibt sich daraus, dass mehr als 28 % aller Devisenreserven der Industrienationen dieser Erde gegenwärtig bei der Bundesbank liegen. Die Gefahr und das Risiko einer solchen Aufblähung

dürften einleuchtend sein. Die Begehrlichkeit der anderen, diese Reserven zurückzuerlangen, wächst. Das Abwertungsrisiko anderer haben wir zum großen Teil zu tragen. Seit 1969 hat die Bundesbank und damit der deutsche Steuerzahler 17,3 Mrd. DM Währungsverluste erlitten.

Ich bin ein Feind aller dirigistischen Maßnahmen. Wenn jedoch ein solches Volumen von Fremdwährung in das eigene Land einströmt und daraus die Gefahr erwächst, dass richtige Währungsrelationen zu falschen werden, dann kann es eine Situation geben, die auch harte Abwehrmaßnahmen erfordert. Wir brauchen uns nur in unserer europäischen Nachbarschaft umzusehen, wenn wir nach Beispielen für solche Maßnahmen suchen.

Damit soll natürlich nicht gesagt werden, dass ein ausgeprägter nationaler Dirigismus zu einer Bereinigung der Weltwährungsprobleme führen könnte. Denn hier handelt es sich nicht um ein deutsches Problem, sondern um ein Dollarproblem mit weltweiten Folgen. Es ist unmöglich für ein einzelnes Land, sich einer krassen Deformierung der Leitwährung zu widersetzen. Hier gilt es, rechtzeitig mit den Nachbarn abzustimmen wozu sich die EWG als geeignetes Instrument anbietet -, um einheitliche Abwehrmaßnahmen gegen eine so übermächtige Flut zu ergreifen.

In der zweiten Stufe muß dann gemeinsam mit allen Industrienationen - und hier naturgemäß vor allem mit den Amerikanern – um eine tragfähige Verbesserung des Weltwährungssystems gerungen werden.

Der Bundesrepublik, der zweitgrößten Handelsnation der Welt, kommt bei der ins Auge gefassten Neuordnung eine besondere Verantwortung zu. Kein anderes Land der Erde ist in seiner wirtschaftlichen Entwicklung so auf den Export angewiesen wie die Bundesrepublik. Unser Exportvolumen belief sich im letzten Jahr auf rd. 150 Mrd. Jede Veränderung der Wechselkurse führt daher zu enormen finanziellen Veränderungen. Beispielsweise geht 1/3 der gesamten Inlandsproduktion des Volkswagenwerkes allein in die USA. Veränderungen im Wechselkursgefüge haben daher drastische und ggf. sogar katastrophale Auswirkungen auf einzelne Unternehmen, da in den seltensten Fällen die Weitergabe des Aufwertungseffektes in Form von Preiserhöhungen möglich ist. Vergessen wir nicht, dass in der Bundesrepublik praktisch jeder Vierte vom Außenhandel lebt! Insofern haben wir ein ganz fundamentales Interesse an einer Neuordnung des Weltwährungssystems, die eine weitere gesunde Entwicklung unseres Außenhandels zulässt, ohne dass die Erschütterungen der vergangenen Jahre sich wiederholen.

Wir stehen heute auf einem sehr unsicheren Boden:

Die USA haben am 12.2.1973 um 10 % abgewertet und drohen mit Handelsbeschränkungen. Italien floatet mit einem gespaltenen Kurs. Frankreich und Belgien haben eine feste Handelswährung und floaten mit einer Finanzwährung. Japan und England floaten. Die Schweiz hat zunächst nach einer Floating-Periode einen „Richtkurs“ bekanntgegeben, der zum US-Dollar einer Aufwertung von 13,6 % entspricht. Sie konnte diesen Richtkurs aber nicht halten und floatet weiter. Lediglich Deutschland, Holland und Dänemark konnten sich bis Ende Februar allen Angriffen widersetzen. Dann setzte eine Dollarspringflut von bisher nicht gekannten Ausmaßen ein. Die Bundesbank nahm allein am 1. März 1973 2,7 Mrd. US-Dollar auf. Ab 2. März wurden die Börsen geschlossen. Sie sind es heute noch. Was die zur Zeit laufenden Verhandlungen ergeben, wissen wir noch nicht.

Unsere Exporteure sind allerdings zu einer erneuten Überprüfung ihrer Situation gezwungen worden. Ein Vergleich der Situation Februar 1973 zu Sommer 1969 ergibt folgendes Bild:

Will ein deutscher Exporteur heute den gleichen DM-Gegenwert wie 1969 erzielen, so müsste er seinen Dollarpreis um 38 % erhöhen. Wenn er jedoch nur den gleichen Dollarpreis erzielen kann, reduziert sich sein DM-Erlös um 27,5 %. Bei Exporten nach Frankreich würde sich der FF-Preis um 28,8 % erhöhen oder der DM-Erlös um 22,4 % reduzieren. Bei Großbritannien sind die entsprechenden Sätze 32,8 % und 24,7 % (Basis DM 7,23). Da Ende voriger Woche die letzten Leitkurse nicht mehr zuhalten waren, müssen wir wohl noch mit weiteren Einbußen rechnen.

Der Hauptgeschädigte der DM-Aufwertungen seit Herbst 1969 ist übrigens die deutsche Kohle. Rund $\frac{1}{4}$ ihrer Förderung geht in den Export und ist mit ihrer Preisstellung dort, da der Welt-Energiemarkt in US-\$ abgerechnet wird, gegenüber 1969 um 27,5 bis 38 % benachteiligt. Außerdem steht sie, da mehr als zwei Drittel der in unserem Land verbrachten Primärenergie in Form von Öl, Erdgas, Kohle oder Ölprodukten importiert wird, mit ihrem Inlandsabsatz in voller Breite in einem starken Wettbewerb mit den anderen Energieformen auf dem heimischen Markt. Die deutsche Kohle ist der Extremfall des einseitig Aufwertungsgeschädigten, während der deutsche Auslandstourismus der Extremfall des einseitig Aufwertungsbegünstigten ist. Durch die Aufwertungen der DM seit 1969 hat die Kohle allein 1972 Mindereinnahmen von schätzungsweise 1 Mrd. DM gehabt. Nach eigener Aussage beläuft sich die jetzt neuerlich eingetretene Wettbewerbsverschlechterung nach Abwertung des Dollar vom Februar 1973 auf eine Größenordnung von jährlich weiteren DM 300 Mio.

Doch nicht allein die Kohle wurde von der Währungspolitik hart betroffen. Fast alle Wirtschaftszweige mussten erhebliche Einbußen in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit hinnehmen.

Die Auswirkungen der jüngsten Maßnahmen sind im Detail noch nicht zu übersehen. Es wäre aber ein sträflicher Leichtsinn, wenn wir darauf bauten, auch in Zukunft so viel besser und stabiler sein zu können als die mit uns konkurrierenden Länder.

Wir müssen heute das Fundament für die Zukunft bauen, und wir müssen versuchen, die Zukunft ein wenig auszuleuchten. Die USA sind die stärkste Wirtschafts- und Finanzmacht der westlichen Welt. Dass ihr Deficit-Spending in der Zahlungsbilanz nicht anhalten kann, liegt auf der Hand. Andererseits werden die Dollarausgaben im Ausland nicht geringer werden. Allein die Energieversorgung erfordert ungeheure Summen. Heute importieren die USA Rohöl im Wert von 4 Mrd. US-\$ jährlich. Bis zum Jahre 1985 wird die US-amerikanische Ausbeute nicht mehr die Hälfte des gestiegenen Gesamtbedarfs decken können. Die Rohöleinfuhr wird bei gleichen Preisen 15 Mrd. US-\$ jährlich einfordern. Der industrielle Rohstoffbedarf wird ebenfalls wachsen.

Die Förderung der Entwicklungsländer muß vor allem schon aus politischen Gründen verstärkt werden.

Und der Aufwand für die Verteidigung und Truppenstationierung dürfte kaum geringer werden.

Diesen Tatsachen kann man sich nicht verschließen, und ihnen muß auch im zukünftigen Weltwährungssystem Rechnung getragen werden.

Ein weiterer zu berücksichtigender Faktor ist die zunehmende Integration der Weltwirtschaft. Es wird immer einfacher, Waren von einem Teil der Erde zu einem anderen zu transportieren, Wenn ich allein in meiner Branche daran denke, dass vor 15 bis 20 Jahren ein Erzschiß eine maximale Größe von 15.000 t hatte und heute Erzschiße von 150.000 t und Öltanker von 500.000 t gebaut werden, so verdeutlicht das jedem die Möglichkeiten zur Vervielfachung des Güterausstausches. Die Verbesserung der Kommunikationsmittel bis hin zu weltweiten Computernetzen erlaubt die blitzschnelle Disposition von Gütern und Geldern über Kontinente hinweg. In diesem Wirtschaftssystem, das fast den gesamten Erdkreis umfaßt, leben wir unter Gesetzen, die zum Teil auf die Wirtschaft des vorigen Jahrhunderts zugeschnitten sind mit politischen Grenzen, die aus den Zufälligkeiten politischer Entwicklungen vergangener Jahrhunderte entstanden sind

Die Zeiten der Autarkie einer nationalen Wirtschaft dürften für immer vorbei sein. Der Wohlstand für alle wird um so größer werden, je größer die Lebensräume werden, in denen Handel und Wirtschaft sich frei entfalten können. Dass dabei die sozialen Belange des einzelnen gewahrt bleiben müssen, gehört in allen hochindustrialisierten Staaten zum politischen Gedankengut der staatstragenden Parteien.

Wie soll nun der Unterbau unserer modernen Welt beschaffen sein? Wir müssen zunächst unser eigenes Haus instandsetzen. Das Haus, das ich meine, heißt Europa. Die dort in jüngster Zeit auf dem finanzpolitischen Sektor entstandenen Risse müssen verschwinden. Gerade auf dem Finanzsektor ist eine einheitliche Politik lebensnotwendig. Die Bandbreiten der EWG-Währungen untereinander sind weiter zu verengen. Schließlich sollten sie ganz beseitigt werden. Eine einheitliche Währung ist das Endziel, damit die Wirtschaft dieses großen Raumes ohne Währungsrisiko arbeiten kann.

Das bedingt allerdings nach innen nicht nur eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, sondern eine einheitliche Politik auf all den Sektoren, die mit Ausgaben verbunden sind. Das erfordert Kontakte und Abstimmungen für alle Bereiche der Politik einschließlich der Außenpolitik. Gerade die Außenpolitik ist ja mit Ausgaben in Fremdwährung verbunden. Ich denke da zum Beispiel an die Entwicklungshilfe, aber auch an unsere Ostpolitik, die u. a. gewisse finanzielle Zugeständnisse an die DDR und die Ostblockstaaten zum Inhalt hat.

Wir müssen uns darüber klar sein, das eine gemeinsame Finanzpolitik die EWG-Währungen so eng aneinander kettet, das jeder Partner mit seiner Außenpolitik in die gemeinsame Tasche aller Partner fasst.

Eine so weitgehende gemeinsame Finanzpolitik ist unmöglich ohne Haushaltsausgleich. Wir müssen uns mit dem Gedanken vertraut machen, dass die ertragsstarken Länder den Lebensstandard der schwachen verbessern müssen, genau so wie heute die ertragsstarken Länder der Bundesrepublik für die Lebensfähigkeit der Zonenrandgebiete sorgen. Wenn wir das nicht akzeptieren, werden unsere Ballungsgebiete mit weiteren Millionen von Fremdarbeitern überflutet, während andere Landstriche sich entvölkern und zu Ödlandgebieten werden. Wir würden damit den nachfolgenden Generationen eine nicht zu verantwortende Hypothek hinterlassen.

Aber auch die Wirtschaftspolitik der EWG nach außen bedarf einer Überprüfung. Ich erinnere an die Meistbegünstigungsklausel innerhalb der GATT-Bestimmungen. Jedes Unterzeichnerland hat sich verpflichtet, allen Mitunterzeichnern einheitliche Zölle einzuräumen. Heute reißen wir auf der einen Seite die Zollmauern innerhalb der EWG und zu den assoziierten Ländern nieder und

errichten einheitliche Zollmauern nach außen. Es ist die Frage erlaubt, ob das dem Geist der GATT-Regeln entspricht.

Ich meine, dass ein wenig Verständnis für die aus den USA kommenden diesbezüglichen Vorwürfe angebracht ist, auch wenn diese in verschiedenen Fällen sehr überspitzt klingen. Gerade wir als exportorientiertes Land können nicht Freiheit für uns und den Absatz unserer Produkte verlangen, wenn wir unsere Märkte vor den Mitbewerbern des Weltmarktes abriegeln.

Auf dem Währungssektor ist eine gemeinsame Haltung nach außen unbedingte Voraussetzung für eine Festigkeit im Innern der EWG.

Eine Spaltung aller EWG-Währungen nach dem französisch-italienischen Vorbild in Handels- und Finanzwährungen würde von den USA vermutlich als Protektionismus des Exports aufgefasst werden und zu Gegenmaßnahmen der Vereinigten Staaten führen. Es wäre ungeheuer schwierig, solche neuen Barrieren wieder einzureißen.

Eine neu auf uns zukommende Dollarflut kann daher m. E. nur durch ein EWG-einheitliches Floating verhindert werden. Wir hätten damit die Chance, die gegenwärtigen handelspolitischen Spannungen zu entschärfen und bei einer Normalisierung der Verhältnisse auch wieder zu einem für alle tragbaren Kursgefüge zu kommen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die USA im letzten Jahr Spitzenreiter der Stabilität waren. Von einer Preissteigerungsrate von 6 % im Jahre 1971 gelangte man zu einer solchen von nur 3 % im Jahre 1972. Das wäre ganz gewiss kein Anlass für eine Dollar-Abwertung, viel eher für eine Dollar-Aufwertung. Die bösen Erfahrungen der Vergangenheit müssen sowohl Anlaß für einen engen Zusammenschluss in der EWG sein als auch Anstoß geben für die Schaffung eines neuen Weltwährungssystems.

Es würde für alle Länder zum Schaden sein, wenn die Währung eines Landes - und sei es noch so stark - Leitwährung bliebe. Mit anderen Worten: Solange der US-Dollar Leitwährung ist, werden alle wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklungen der USA wesentlich stärker auf das Weltwährungssystem durchschlagen als die Entwicklungen anderer Länder. Wir müssen also etwas Neues schaffen.

Das Bretton-Woods-System basierte auf dem Sachwert des Geldes, auf Gold. Gold in ausreichendem Maße ist nicht mehr vorhanden. Das Smithsonian-Agreement existiert nicht mehr. Das ganze System steht praktisch nur noch auf dem Vertrauen, dass der Dollar konvertibel bleibt und seinen Wert behält. Wie es darum bestellt ist, hat die jüngste Vergangenheit gezeigt. Was

kann in Zukunft geschehen? Man könnte z. B. den Goldpreis drastisch erhöhen, um im Moment eine Grundlage zu haben. Das Wachstum der Wirtschaft und der damit permanent steigende Liquiditätsbedarf sind aber vermutlich erheblich größer als die Möglichkeit, die Goldproduktion zu steigern, so dass wir in absehbarer Zeit wieder vor einem Dilemma stehen werden. Hinzu kommt, dass immer mehr Gold für die industrielle Produktion und für Schmuck aus dem Markt genommen wird. Wenn wir den Schleier des Geldes wegziehen, sehen wir, dass auf lange Sicht jedes Land seinen Leistungsbilanz ausgleichen muß. Das Weltwährungssystem kann nur ausgleichen, bis ein gestörtes Gleichgewicht der Leistungsbilanz wiederhergestellt ist.

Ein neues System kann praktisch keine sachwertbezogene Deckung haben. Es kann sich lediglich auf ein gut ausgefeiltes Vertragswerk stützen, das das Vertrauen aller Länder und Nationen hat. Man muß also praktisch zu einer synthetischen Währung kommen.

Es wird heute viel über die Sonderziehungsrechte gesprochen, die dazu benutzt werden könnten, den Dollar als internationales Zahlungsmittel zu ersetzen. Allerdings können die Sonderziehungsrechte in ihrer heutigen Form nur einen geringen Beitrag dazu leisten. Sie sind im Augenblick nur Zahlungsinstrument der Notenbanken untereinander. Hinzu kommt, dass sie eindeutig die Defizitländer begünstigen und diese dazu animieren, ihre Defizitsituation nicht in eine Überschusssituation abzuändern. Wir müssen also das gesamte Instrumentarium ändern oder neu aufbauen.

Zunächst einmal wäre über die Institution zu sprechen, die das neue synthetische Geld ausgibt und verwaltet. Meine Vorstellungen dazu sind folgende:

Man könnte sich des Apparates der Weltbank bedienen, der für diese Zwecke umgestaltet und auf eine neue rechtliche Basis gestellt werden müsste. Alle Länder sollten die Möglichkeit haben, sich an dieser „Super-Notenbank“ zu beteiligen.

Der Umfang der Beteiligungen und das darauf entfallende Stimmrecht sollte sich nach einem Maßstab richten, der ermittelt wird erstens aus der Zahl der Einwohner des Landes, zweitens aus dem Anteil am Welthandelsvolumen, drittens aus dem Volumen der eingelegten Nettowährungsreserven. Dieser Maßstab sollte von Zeit zu Zeit modifiziert werden.

Und nun zu der neuen synthetischen Währung:

Die Funktion der Sonderziehungsrechte, die heute stärker im Gespräch sind, könnten wie folgt geändert bzw. erweitert werden:

Die neue synthetische Währung tritt nicht in Form von Banknoten in Erscheinung, sondern einzig und allein als Buch- oder Kontenwahrung. Sie kann von jedem im bargeldlosen internationalen Zahlungsverkehr benutzt werden, so dass sie in kurzer Zeit den Dollar ersetzt.

Der Verkehr der Notenbanken der Mitgliedsländer untereinander erfolgt nur noch in Sonderziehungsrechten. Alle Währungsreserven werden an die neue Weltbank abgeliefert und in Sonderziehungsrechte umgetauscht. Die neue Weltbank gelangt so in den Besitz von erheblichen Forderungen in Landeswährung an einzelne Länder. Stoßen diese Forderungen an ein bestimmtes Limit, das ebenfalls entsprechend dem eingangs erwähnten Schlüssel festgelegt wird, so muß das betreffende Land aufgefordert werden, Maßnahmen zur Eindämmung des Defizits zu ergreifen oder seine Parität zu ändern. Im Falle von Paritätsänderungen hat das betreffende Land der Weltbank den entstehenden Verlust in Landeswährung zu erstatten. Bei Aufwertung einer Landeswährung erhält das Land eine Vergütung. Prinzip soll sein, dass die Weltbank durch Wechselkursveränderungen einzelner Länder weder Nutzen noch Schaden erleidet. Das ist eine der Garantien für ihre Neutralität.

Ein solches System kann allerdings nur dann störungsfrei arbeiten, wenn die Nationen weitestgehend auf handelspolitische Barrieren verzichten. Maßnahmen der Art, wie sie von den USA jetzt angedroht werden, wären beispielsweise eine große Gefahr.

Ein freier Handel bedingt nicht nur eine Transparenz und Gleichheit der Zölle. Die den Außenhandel berührende Steuerpolitik müsste angeglichen werden, verborgene Barrieren wie beispielsweise Subventionen, reglementierte Preise, Zinsvergutungen und ähnliches müssten verschwinden. Lediglich dort, wo volks- und weltwirtschaftlich notwendige Wirtschaftszweige geschützt werden müssen, da sie sonst nicht existieren könnten, sollte ein gewisser Protektionismus erlaubt sein, dann aber in einer Form die für jedermann durchsichtig ist.

Ich bin mir darüber klar, dass wir von dieser Idealvorstellung, besonders auf dem Handelssektor, noch weit entfernt sind. Ohne teilweisen Verzicht auf nationales Prestige sind solche Lösungen auch nicht möglich.

Wenn die Wirtschaft den Erdball zu ihrem Feld gemacht und damit den Wohlstand des Einzelnen in vielen Ländern erheblich verbessert hat, so sollte es bei gutem Willen und erheblichem Einsatz von Politik, Wissenschaft, Finanz und Wirtschaft möglich sein, auch den finanziellen Unterbau zu schaffen, der zur Festigung der Situation erforderlich ist.

Man kann sich die Menschen bekanntlich nicht malen, sondern muß sie nehmen, wie sie sind. So sind einige Völker disziplinierter als andere, fleißiger, einfallsreicher. Solchen Völkern wird es gelingen, Industrieprodukte billiger herzustellen. Im Weltmarkt erobern sie sich damit einen Wettbewerbsvorteil. Das führt zu Überschüssen in den Handelsbilanzen und schließlich zum Aufwertungsdruck. Japan hatte von 1950 - 1970 ein reales Wachstum von 550 % , wir von 250 %. Also unterliegt Japan dem stärksten Aufwertungsdruck. Im Europa der Neun aber müssen wir uns entscheiden, die Währungen untereinander möglichst festzubinden und eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu betreiben.